

## Vorwort

Die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre (ÖGGL) verfolgt nach ihren Statuten unter anderem das Ziel, theoretische und praktische Fragen der Gesetzgebung zu behandeln. Damit ist für die ÖGGL auch die Verwaltungsreform und Deregulierung von besonderem Interesse. Vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren gestiegenen Reformbedarfs einerseits und der nicht immer wieder neu geführten Reformdiskussionen andererseits erscheinen diese Fragenstellungen aktueller denn je. Aus diesem Anlass hat sich die ÖGGL dieser Thematik im Rahmen einer am 25. Mai 2011 in den Räumlichkeiten der Volksanwaltschaft in Wien abgehaltenen Tagung mit dem Titel »Risiken und Chancen der Verwaltungsreform und Deregulierung« angenommen. Der vorliegende Sammelband enthält die schriftlichen Fassungen der Vorträge und Statements, die im Rahmen dieser wissenschaftlichen Veranstaltung gehalten wurden.

Im ersten Beitrag unternimmt *Erich Pürgy* neben einer allgemeinen Einführung eine terminologische Auseinandersetzung. Auf Grund der Breite des Themas bedarf es einer näheren Diskussion und Abgrenzung der zahlreichen Begriffe, die im Zusammenhang mit Verwaltungsreform im nationalen und internationalen Kontext Verwendung finden.

Der erste inhaltliche Teil des Tagungsbandes widmet sich den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Verwaltungsreform und Deregulierung. Im Beitrag von *Gerhard Baumgartner* wird der durch die Staatsorganisation vorgegebene Rahmen dargestellt. Dabei werden insbesondere Fragen einer sachgerechten Kompetenzverteilung, die Grenzen der Ausgliederung von Staatsaufgaben sowie der Reformbedarf der Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts in den Blick genommen. Der zweite, von *Verena Madner* verfasste Beitrag behandelt die sonstigen verfassungsrechtlichen Vorgaben. Damit sind beispielsweise das Legalitätsprinzip, grundrechtliche Anforderungen oder Aspekte des Rechtsschutzes angesprochen.

Im zweiten Themenblock steht das Verwaltungsrecht im Vordergrund. Dabei werden von *Bernhard Raschauer* zunächst die Mög-

lichkeiten der Verwaltungsreform und Deregulierung im materiel-  
len Verwaltungsrecht behandelt. Durch ausgewählte Beispiele sollen  
Reformpotentiale im besonderen Verwaltungsrecht aufgezeigt werden.  
Daran anschließend werden Reformüberlegungen im Bereich des Ver-  
waltungsverfahrenrechts angestellt. *Eva Schulev Steindl* widmet sich in  
diesem Zusammenhang unter anderem der Genehmigungs- und Ver-  
fahrenskonzentration, dem Entfall und der Vereinfachung von Verfah-  
rensschritten, der Privatisierung des Verfahrens sowie den Verbesse-  
rungspotentialen im Bereich des Verfahrensmanagements.

Im abschließenden dritten Teil wird das Thema der Verwaltungsre-  
form und Deregulierung aus der Perspektive der Gebarungs- und Miss-  
standskontrolle behandelt. So hat der Rechnungshof in den letzten  
Jahren zahlreiche Vorschläge zur Steigerung der Effizienz in der öffent-  
lichen Verwaltung ausgearbeitet. Im Beitrag von *Helmut Berger* werden  
neben den budgetären Rahmenbedingungen und den aktuellen Refor-  
minitiativen des Rechnungshofes konkrete Reformvorschläge zu ein-  
zelnen Verwaltungsbereichen vorgestellt. *Claudia Marik* untersucht  
schließlich mögliche Verbesserungspotentiale in der Verwaltung aus  
der Sicht der Missstandskontrolle. Sie beleuchtet anhand von mehre-  
ren – auf ausgewählten Prüfverfahren der Volksanwaltschaft basieren-  
den – Fallgruppen typische Problemfelder der Vollziehung und zeigt  
mögliche Lösungsvorschläge auf.

Der Volksanwaltschaft gilt ein besonderer Dank. Sie hat sich bereit  
erklärt, die Räumlichkeiten für die Tagung zur Verfügung zu stellen.  
Ein persönlicher Dank gilt zudem Volksanwalt *Peter Kostelka* und den  
Volksanwältinnen *Terezija Stoisits* und *Gertrude Brinek* für ihre umsich-  
tige Vorsitzführung in den einzelnen Modulen. Den Autorinnen und  
Autoren danken wir für die Mitwirkung an der Tagung und für die zeit-  
nahe Ablieferung der Manuskripte.

Besonderer Dank gebührt darüber hinaus Frau *Daniela Michalek* und  
Frau Mag.<sup>a</sup> *Katharina Köhler*, Frau Mag.<sup>a</sup> *Katharina Jungwirth* und Herrn  
*Matthias Lukan*, LL.M. vom Institut für Österreichisches und Europä-  
isches Öffentliches Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien für ihre  
tatkräftige Unterstützung bei der Organisation und Durchführung der  
Tagung bzw bei der Drucklegung dieses Bandes.

Wien, im März 2012

*Georg Lienbacher*  
*Erich Pürgy*